

## Kurzmeldungen März 2012

### Statistik

Der Einsatz von energetischen Rohstoffen ging im Jahr 2010 gegenüber 2000 um 11% zurück, der Energieverbrauch um 2,4%. Die Emission von Treibhausgasen konnte zwischen 2000 und 2010 um 7,9% reduziert werden. 2010 war Deutschland damit für 832 Mill t Kohlendioxid verantwortlich.

Die für Siedlung und Verkehr beanspruchte Fläche stieg zwischen 1996 und 2009 um satte 5.370 km<sup>2</sup> auf 47.422 km<sup>2</sup>. Um fast den selben Betrag (5.784 km<sup>2</sup>) sank dagegen die landwirtschaftliche Produktionsfläche.

Im Jahr 2009 erwirtschafteten deutsche Firmen demnach im Jahr 2009 einen Umsatz von 20,1 Mrd Euro mit Umweltgütern. Besonders hohe Umsätze erzielte der Maschinenbau mit 15,3 Mrd Euro, was vor allem mit der Herstellung von Photovoltaik-Anlagen (8,0 Mrd Euro) sowie mit der Produktion von Windkraftanlagen (5,0 Mrd Euro) zu erklären ist.

Mit klimaschutzbezogenen Bauleistungen, wie zum Beispiel die Wärmedämmung von Gebäuden, setzten die Betriebe 5,9 Mrd Euro um. Der Klimaschutz hat auch im Dienstleistungssektor mit 39% der hier erwirtschafteten Umweltschutzumsätze eine Vorrangstellung. 2009 wurden 1,3 Mrd Euro Umsatz zum Beispiel mit Planungen, Projektbetreuungen und Überwachungen von Umweltschutzanlagen im Bereich Klimaschutz erwirtschaftet.

Quelle: Bundesamt für Statistik 19.12.11

### Emissionshandel reicht nicht

Gäbe es den Emissionshandel nicht, würden die deutschen Energieproduzenten massiv in Kapazitäten für die Produktion aus Steinkohle investieren.

2013 beginnt die dritte Handelsperiode, in der die Menge an Emissionsrechten jährlich um 1,75 % gesenkt wird und sich damit der Preis für ein Zertifikat erhöht. Ab 11 Euro pro Zertifikat fahren die Energieerzeuger die Biomasseproduktion hoch, ab 23 Euro die Erdgasnutzung. Und erst ab 26 Euro drosseln sie die Braunkohle-Verstromung. Zuletzt lag der Preis für ein Zertifikat bei unter 10 Euro.

Trotz der jährlichen Absenkung des Zertifikatangebots um 1,75 % wird die Zertifikatmenge in der dritten Handelsperiode für eine Reduzierung des Kohleanteils im Kraftwerksportfolio immer noch zu hoch sein.

Der Bau von Windkraft- oder Geothermieranlagen ist so kapitalintensiv und mit so vielen Unsicherheiten verbunden, dass die konventionellen Anlagen selbst bei höheren Zertifikatspreisen noch attraktiver sind. Deshalb werden sich die erneuerbaren Energien nur durchsetzen, wenn die Förderprogramme, mit denen der Bund günstige Kredite zur Verfügung stellt, parallel zum Emissionshandel beibehalten werden.

Mit dem Bau von Kraftwerken für die Nutzung erneuerbarer Energien wird aber der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht wesentlich reduziert. Denn die Betreiber von Windkraft- und Geothermieranlagen werden keine Zertifikate nachfragen, was deren Preis senkt. Damit wiederum entfällt der Anreiz für andere Energieproduzenten, von Kohle- auf Gaskraftwerke umzusteigen. Also wird 2020 zwar der Anteil der erneuerbaren Energien auf Kosten der Kernkraft gestiegen sein, der Anteil der Stromproduktion aus Kohle aber

wird mit rund 43 % im Vergleich zu 2009 etwa gleich bleiben. Nur in der Wärmeproduktion sinkt dieser maßgeblich von rund 75 % auf rund 55 %.

Quelle: Dissertation Hammer TUM 2012

## **Fukushima**

Weltweit wird von vielen Menschen geglaubt, ausschließlich der dem Erdbeben folgende Tsunami sei für die atomare Katastrophe verantwortlich gewesen. Die Tsunami welle war in Fukushima nur 8 m statt 14 m hoch.

Zu dem Atomunfall kam es am 11.3.11 aufgrund des Erdbebens und gravierender Auslegungsdefizite im Grunddesign des AKW mit massiven Freisetzungen von Radioaktivität.

Im AKW Fukushima gab es zu wenige unabhängige Sicherheitssysteme und eine unzulängliche räumliche Trennung der Systeme. Block 1 verfügte im Hochdruckbereich über lediglich einen einzigen "Strang", um zusätzliches Kühlwasser in den Reaktordruckbehälter einspeisen zu können. Den Blöcken 2 und 3 war das Notkondensationssystem zur Abfuhr der Nachzerfallswärme des Reaktors nicht mehr funktionstüchtig.

Quelle: IPPNW 7.3.12, [www.fukushima-disaster.de](http://www.fukushima-disaster.de)

## **Schiefergas-Fracking**

Die Förderung von Schiefergas ist klimaschädlicher als bisher angenommen. Bei der Schiefergasförderung entweichen 4-8 % an Gas durch Leckagen in die Atmosphäre. Diese Methan-Emissionen sind größer als bei der herkömmlichen Erdgasförderungen, was die Klimabilanz von Schiefergas stark verschlechtert und in die Nähe von Steinkohle rückt. Bei konventionellem Erdgas beträgt der Verlust 2-6 %.Quelle: [sonnenseite.com](http://sonnenseite.com) 21.2.12, Greenpeace

## **Öl-Lobby droht Obama**

Der Chef des American Petroleum Institutes (API), des größten Interessenverbandes der Öl- und Gasindustrie in den USA, Jack Gerard, hat Präsident Barack Obama vor "ernsten politischen Konsequenzen" gewarnt, falls die umstrittene Megapipeline Keystone XL nicht genehmigt wird. "Definitiv", so Gerard, werde die Entscheidung über das Teersand-Projekt die Präsidentschaftswahlen im November beeinflussen. Eine Nicht-Genehmigung sei für die große Mehrheit der Bevölkerung nicht "vermittelbar", denn es gehe "um Jobs" und "um die nationale Sicherheit".

Über Keystone XL sollen ab 2013 täglich 700.000 Barrel Öl aus kanadischem Teersand bis nach Texas gepumpt werden. Umwelt- und Klimaschützer laufen schon seit langem gegen das Projekt Sturm, das ihrer Meinung nach nicht nur eine 2.600 Kilometer lange Spur der Verwüstung vom kanadischen Saskatchewan bis zum Golf von Mexiko ziehen wird, sondern auch die extrem klimaschädliche Ölgewinnung aus Teersanden zukunftsfähig zu machen hilft.

Im November 2011 verfügte die Obama-Regierung "weitere Prüfungen" des Vorhabens. Allerdings setzten die oppositionellen Republikaner im Dezember durch, dass innerhalb von 60 Tagen über die Pipeline entschieden werden muss - bis zum 21. Februar 2012. Mit

dem Näherrücken des Termins verschärft sich nun der Tonfall.

Quelle: sonnenseite.com 8.1.12, klimaretter.info

### **Wegwerfen von Lebensmitteln**

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner hat eine Studie über Lebensmittelabfälle in Deutschland vorgelegt. Die Untersuchung der Universität Stuttgart kommt zu dem Ergebnis, dass Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalte jährlich knapp 11 Mio t Lebensmittel als Abfall entsorgen. Laut Studie entsteht der Großteil dieser Lebensmittelabfälle (61 %) in Privathaushalten, gefolgt von Großverbrauchern wie Gaststätten oder Kantinen sowie der Industrie (jeweils rund 17 %). Von den Privathaushalten werden laut der Studie bundesweit jedes Jahr rund 6,7 Mio t Lebensmittel entsorgt. Im Schnitt wirft jeder Bundesbürger pro Jahr 81,6 Kilogramm weg. 65 % dieser Lebensmittelabfälle wären völlig oder zumindest teilweise vermeidbar. Der Wert der vermeidbaren Lebensmittelabfälle wird pro Kopf auf jährlich 235 Euro geschätzt. Bei einem Vier-Personen-Haushalt summiert sich der Betrag im Schnitt pro Jahr auf rund 940 Euro, auf Deutschland hochgerechnet sind es bis zu 21,6 Milliarden Euro pro Jahr, die die vermeidbare Verschwendung kostet. Am häufigsten auf dem Müll landen Gemüse und Obst – sie machen 44 % aller vermeidbaren Lebensmittelabfälle in Privathaushalten aus. In der Studie werden aber die Lebensmittelverluste in der Landwirtschaft nicht erfaßt. Obst und Gemüse mit kleinen Makeln wird vernichtet oder bleibt auf dem Acker, weil es nicht den überzogenen Vorgaben des Handels entspricht. Die Bundesregierung werde sich auf EU-Ebene weiter mit Nachdruck für die Abschaffung aller Vermarktungsnormen und deren staatliche Kontrolle einsetzen. 26 von insgesamt 36 Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse seien bereits abgeschafft worden.

Quelle: BMELV, Greenpeace 13.3.12

### **Klimarisiken durch Biomasse unklar**

Die Risiken des Einsatzes von Energie aus Biomasse werden unterschätzt. Nötig sind hier neuartige Ansätze des Risikomanagements für den Wandel der Landnutzung. Eine Möglichkeit wäre, die Beweislast für das Erreichen von Nachhaltigkeitsstandards auf die Produzenten von Bioenergie zu verlagern.

Der großflächige Anbau von Energiepflanzen könnte unter dem Strich zu mehr Ausstoß von Treibhausgasen führen, wenn beispielsweise Wälder abgeholzt und zu Anbauflächen umgewandelt werden. Die Ökobilanz von Energie aus Biomasse ist von großen Unsicherheiten geprägt. Während die Emissionen der bisherigen Produktion von Bioenergie meist gut erfasst werden, werden die Effekte einer künftigen Ausweitung des Einsatzes von Bioenergie auf die Märkte von Landwirtschaftsprodukten oder auf den Benzinmarkt laut der Studie oft außer Acht gelassen.

Quelle: Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) 8.3.12

### **BVerwG für Schutz der Imker vor Gentechnik**

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 29.2.12 entschieden, dass mit Gentechnik verunreinigte Felder umgebrochen werden müssen. Dies ist auch dann der Fall, wenn der Landwirt von der Verunreinigung nichts wusste, weil die

Untersuchungsergebnisse erst nach der Aussaat bekannt wurden. Die gentechnikfreie Landwirtschaft bleibt damit vor nicht zugelassenen Gentechnik-Pflanzen, die unbeabsichtigt auf den Acker kommen, geschützt.

Die deutschen Imkerverbände dazu: Jegliche direkte oder indirekte Aufweichung der in der EU geltenden Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen stellt zudem eine existenzielle Bedrohung der Bienenhaltung in Deutschland und ganz Europa dar.

Quelle: BVerwG 29.2.12, Imkerverbände 17.2.2012

### **Marktöffnung in Indien verschoben**

Der Vertragsabschluss zwischen der EU-Kommission und der indischen Regierung zum Freihandelsabkommen wird vertagt, denn der Widerstand in Südasien ist immens. Wegen massiver Proteste indischer StraßenhändlerInnen und KleinbäuerInnen kann die indische Regierung der Marktöffnung für europäische Groß- und Einzelhandelskonzerne sowie für Milchpulver, Geflügel und andere landwirtschaftlich Produkte nicht in dem von der EU verlangten Ausmaß zustimmen.

Differenzen gibt es auch noch über die Zugangsbedingungen für europäische Autos und Maschinen auf den indischen Markt. Beim heutigen Gipfel wird vielleicht eine neue Frist für einen Vertragsabschluss vereinbart. Möglicherweise werden die Verhandlungen aber zunächst auf Eis gelegt.

Die EU besteht weiterhin auf der völligen Marktöffnung für europäische Groß- und Einzelhandelskonzerne. Diese Liberalisierung würde jedoch bis zu 5,7 Millionen der rund 37 Millionen indischen Kleinhändler um ihr Einkommen bringen und sie in extreme Armut treiben, heißt es in einer Studie, die das katholische Hilfswerk Misereor, die Heinrich-Böll-Stiftung sowie die indische Nichtregierungsorganisation Third World Network im Dezember veröffentlichten. Die Studie warnt auch vor der von der EU verlangten Abschaffung aller indischen Zölle für europäische Milchpulver- und Geflügelimporte. 90 Millionen Menschen leben in Indien von der Milchwirtschaft, über 3,5 Millionen von der Geflügelhaltung.

Quelle: taz 9.2.12